

Frank Kuschel
Donnerstag, 18. Juni 2009

Entwurf Presseinformation

Zukünftiges Straßenausbaubeitragsrecht immer noch ungewiss!

„Obwohl der Thüringer Ministerpräsident bereits im Oktober 2007 Neuregelungen bei der Erhebung von Straßenausbaubeiträgen angekündigt hat, ist immer noch ungewiss, wann ein diesbezüglicher Gesetzentwurf dem Landtags zugeleitet wird“, informiert der kommunalpolitische Sprecher der Landtagsfraktion DIE LINKE, Frank Kuschel.

Als Grund für die zeitlichen Verzögerungen gab die Landesregierung auf Anfrage des Landtagsabgeordneten ein fehlendes Rechtsgutachten an.

Die Neuregelungen sind erforderlich, weil das Thüringer Oberverwaltungsgericht 2005 sehr hohe Maßstäbe für die Erhebung von Straßenausbaubeiträgen gesetzt hat. In der Folge müssten die Thüringer Bürger mit weiteren erheblichen finanziellen Mehrbelastungen rechnen. Nach Schätzungen geht es um rund 240 Millionen EUR, die die Bürger zusätzlich zahlen müssten, weil das Gericht von den Gemeinden fordert, dass diese in allen Fällen von Straßenausbaumaßnahmen Beiträge erheben und das rückwirkend bis 1991.

Solche verschärfte Erhebungsregelungen gibt es nur in Thüringen. Anders in Sachsen, hier können die Gemeinden selbst entscheiden, ob und in welcher Höhe sie Straßenausbaubeiträge erheben.

Aus Furcht vor neuen Bürgerprotesten wollte deshalb die CDU schon längst die Regelungen zur Erhebung von Straßenausbaubeiträgen lockern. „Doch diesen Ankündigen folgen keine Taten“, kritisiert Frank Kuschel. Dass ein fehlendes Gutachten die Ursache für die Handlungsstarre der CDU-Landesregierung sein soll, ist wenig glaubwürdig. Bereits vor über einem Jahr wurde das Gutachten in Auftrage gegeben und dürfte insoweit längst vorliegen, wenn man es wollte. „Vielmehr ist zu vermuten, dass die Landesregierung vor der Landtagswahl die Karten nicht mehr auf den Tisch legen will“, ist der Landtagsabgeordnete der LINKEN überzeugt.

Um die CDU zum Handeln zu zwingen, hat die LINKE jetzt selbst Vorschläge zur Reform des Straßenausbaubeitragsrechts in den Landtag eingebracht. Die LINKE will, dass die Thüringer Kommunen so wie in Sachsen selbst entscheiden können, ob und in welcher Höhe sie Straßenausbaubeiträge erheben können. Die rückwirkende Erhebung der Beiträge soll zudem ausgeschlossen werden. „Was in Sachsen geht, darf in Thüringen nicht ausgeschlossen werden“, ist Frank Kuschel überzeugt. Auch soll den Kommunen ermöglicht werden, anstelle von Beiträgen über die Grundsteuern die Straßenausbaumaßnahmen zu finanzieren.

„Jetzt muss die CDU Farbe bekennen und kann sich nicht mehr der Diskussion verweigern“, so der Linkspolitiker abschließend.

Frank Kuschel